

Integrationsbureau

Bern, den 14. Mai 1962.

Vertraulich

Notiz an Herrn Bundesrat Wahlen  
Bundesrat Schaffner

Bericht über die Londoner  
Besprechung vom 3./4. Mai 1962.

Die englische Delegation, die alle interessierten Ministerien umfasste, wurde von Sir Patrick Reilly geführt, Undersecretary im Foreign Office. Schwedischerseits nahmen die Herren de Besche und Lindh, österreichischerseits die Herren Standenath, Kirchschräger und Simonet sowie die entsprechenden Handelsattachés teil. Aus den einführenden Worten Sir Patricks ging hervor, dass die Zusammenkunft auf schwedischen Wunsch erfolge, was Herr de Besche dementierte.

### I. Verhandlungssituation

Sir Patrick sowie an einem Arbeitslunch Lord Siegelbewahrer Heath erstatteten einen Lagebericht. Die vorbereitende Phase hätte länger gedauert, als vorgesehen war. Jetzt würde man jedoch in die eigentlichen Verhandlungen eintreten mit dem Ziel, bis Ende Juli/ anfangs August "the main lines of a possible agreement" ausgearbeitet zu haben. Wenn nötig würde man dafür auch noch den Monat August verwenden.

Die Ministerratstagung vom 8. Mai sei vor allem dazu bestimmt, die Methoden für ein rascheres Verfahren zu besprechen. Die Sechs hätten grösste Koordinationsschwierigkeiten. Für eine Diskussion von einer halben Stunde mit den Engländern würden vierstündige Vorbereitungen benötigt, wobei der Kompromiss jeweils aus Zeitgründen im Sinne der restriktivsten Haltung geschlossen werde. Auch sei offensichtlich, dass die französische Delegation noch keine grundsätzlichen Instruktionen besitze. Die Hauptschwierigkeit bestehe darin, dass die Sechs noch nicht in der Lage seien, im Sinne einer erweiterten Gemeinschaft zu denken. Die britischen Vorschläge hielten sich im Rahmen des Römer Vertrages, der jedoch von den Sechs restriktiver interpretiert werde, als sie es sich gegenseitig selber zugestanden hätten (Beispiel: Opposition gegen zollfreie Einfuhr gewisser Rohmaterialien aus dem Commonwealth). Die Hauptprobleme, die bis zum Sommer in grossen Zügen gelöst werden sollen, betreffen die Einfuhren nichttropischer Nahrungsmittel und Industrieprodukte aus dem Commonwealth, die Null-Liste und die Landwirtschaftsregelung (längere Übergangszeit). Die übrigen Fragen, d.h. die sogenannten Wirtschafts-unions-Bestimmungen würden erst im Herbst verhandelt werden, und zwar gleichzeitig mit den übrigen Beitrittskandidaten. Mit Bezug auf CECA und EURATOM drohe eine Verzögerung einzutreten. Die Engländer sind besonders ungehalten, dass die CECA nunmehr erklärt, vorerst



die Konzeption einer europäischen Energiepolitik ausarbeiten zu wollen, was offenbar gleich wie bei der Landwirtschaft ohne Beteiligung der Engländer geschehen würde. Alles in allem hoffen die Engländer, ihre Beitrittsverhandlungen bis Ende des Jahres zu beenden. Sie sind nach wie vor vom positiven Ausgang überzeugt.

Sowohl Herr Heath als auch Sir Patrick Reilly schlossen ihre Ausführungen mit der Hoffnung, dass die Neutralen vor den Sommerferien ihre Eröffnungserklärungen abgeben würden. Eine Reaktion auf diese Erklärungen sei allerdings vor dem Herbst nicht zu erwarten, und die Verhandlungen mit den Neutralen könnten erst im Herbst beginnen. Die folgenden drei Gründe wurden aufgeführt, weshalb die Neutralen trotzdem schon vor dem Sommer ihre Erklärungen abgeben sollten:

1. Die Neutralen sollten sich nicht in einen Zeitdruck hineinmanövrieren lassen. Da nach der Eröffnungserklärung ohnehin zwei Monate verstreichen werden, bis der Ministerrat sich über eine Union schlüssig wird, könnte eine Erklärung im Herbst den nach heutigen Schätzungen möglichen Termin für die Aufnahme von Verhandlungen tatsächlich verzögern.
2. Die Spekulationen über die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Neutralen könnten negative Auswirkungen haben, denen durch eine offizielle Erklärung entgegengetreten werden muss.
3. Es besteht eine Gefahr, dass seitens der EWG eine restriktive Assoziationsdoktrin ausgearbeitet wird. Dieser Gefahr müssen die Neutralen durch Abgabe einer Erklärung, wie eine funktionsfähige Assoziation aussehen könnte, zuvorkommen.

Die österreichische Delegation erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Oesterreich sei aus zwei Gründen an einer raschen Eröffnungserklärung gelegen. Erstens um ein fait accompli gegenüber den Russen zu schaffen und zweitens um die Atmosphäre auf die Parlamentswahlen vom nächsten November hin zu klären.

Die schwedische Delegation war etwas zurückhaltender. Sie wäre jedoch bereit, vor den Sommerferien eine Eröffnungserklärung abzugeben.

Namens der schweizerischen Delegation erklärte ich, dass die konsequente Vertretung des Standpunktes der Neutralen durch die Engländer es uns zur Ehrenpflicht mache, nicht zu einem retardierenden Element zu werden. Es stelle sich aber die Frage, wie das Ziel eines gleichzeitigen Verhandlungsabschlusses am besten zu erreichen sei. Eine vorzeitige Eröffnungserklärung, die sehr allgemein gehalten werden müsste, könnte ihre Wirkung verfehlen und zu langen Sondierungen führen. Wir wären daher der Auffassung, dass die Eröffnungserklärung genügend detailliert sein müsste, um zu zeigen, wie eine Assoziationslösung in für beide Teile befriedigender Weise funktionieren könnte. Eine einigermaßen aufschlussreiche Erklärung sei jedoch nur dann möglich, wenn der Erfolg der britischen Verhandlungen als gesichert erscheine und die Erklärung innert nützlicher Zeit zu einer Aufnahme der Verhandlungen mit den Neutralen führen könnte. Ich stellte daher den Engländern die Frage, ob ihnen diese Gedankengänge nicht richtig erschienen.

Sir Patrick erwiderte, dass dies eine gründliche Ueberlegung erfordere. Unsere Erwägungen hätten viel für sich. Er selber hätte "instinktiv" immer noch den Eindruck, dass eine Eröffnungserklärung vor den Sommerferien vorzuziehen sei. Diese müsse jedoch, um ihre Wirkung zu erzielen, ziemlich detailliert sein. Die nächsten Besprechungen der Engländer auf Ministerebene mit der EWG würden zu einer weiteren Abklärung des Zeitplanes führen und, falls eine Aenderung eintreten sollte, würde man uns dies wissen lassen.

Die Engländer wurden sodann von allen drei Neutralen über die in Bonn, Brüssel und den übrigen EWG-Hauptstädten unternommenen Demarchen betreffend eine Einladung der Neutralen zur Abgabe einer Eröffnungserklärung vor dem EWG-Ministerrat orientiert.

## II. Neutralitätserfordernisse

Die Engländer liessen sich sodann über die grundsätzlichen Neutralitätserfordernisse orientieren. Diese Erfordernisse scheinen ihnen berechtigt und verhandlungsfähig. Der Rechtsberater des Foreign Office erklärte sogar, dass eine Einschränkung des Kündigungsrechts auf einen neutralitätspolitischen Tatbestand sicher vertretbar wäre, wenn die Neutralen sich zu einem derartigen Vorschlag entschliessen sollten.

Im übrigen brachten die Schweden zum Ausdruck, dass mit Bezug auf die "Treaty making power" gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen, indem die Schweiz als einziges neutrales Land eine negative Liste als Neutralitätserfordernis betrachte. Schweden und Oesterreich könnten den Aussenzoll übernehmen, müssten sich jedoch die Möglichkeit von späteren Abweichungen vorbehalten. In einem anderen Zusammenhang erklärte jedoch auch die schwedische Delegation, dass ihr die zollmässige Diskriminierung zwischen verschiedenen Gruppen von Entwicklungsländern neutralitätspolitisch nicht möglich wäre.

## III. Wirtschaftliche Sonderprobleme der einzelnen neutralen Staaten

Schweden und Oesterreich gaben in ähnlicher Weise, wie wir dies früher in Bern Herrn Jackling gegenüber getan haben, einige Auskünfte über ihre wirtschaftlichen Wünsche. Die Schweden erwähnten die Notwendigkeit gewisser abweichender Regelungen in bezug auf die Freizügigkeit der Arbeitskräfte (Anpassung an die Vereinbarungen der nordischen Staaten unter sich), das Niederlassungsrecht (Schutz des Waldbesitzes), die Sozialleistungen (gleiche Leistungen, aber unter Beibehaltung des gegenwärtigen nationalen Systems) und den Kapitalverkehr. Auch die Landwirtschaft könnte gewisse Sonderregelungen erfordern, doch habe die Regierung die diesbezüglichen Beratungen noch nicht aufgenommen, weil man zuerst abwarten wolle, ob eine Assoziationsregelung überhaupt zustande kommen werde.

Die Oesterreicher erwähnten ebenfalls als Hauptproblem die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und liessen durchblicken, dass sie

Vereinbarungen auf andern als den Zoll- und Handelsgebieten möglicherweise noch etwas zurückstellen könnten. Innerhalb der österreichischen Delegation schienen darüber gewisse Meinungsverschiedenheiten zu bestehen. Schweizerischerseits wurden die Herrn Jackling erteilten Auskünfte wiederholt.

Die Engländer erklärten sich befriedigt; lediglich der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums äusserte Zweifel, dass auf dem Landwirtschaftssektor von Schweden und Oesterreich Sonderregelungen ausgehandelt werden könnten, die nicht neutralitätspolitisch bedingt wären. Höchstens die Schweiz könnte besondere wirtschaftliche Verhältnisse plädieren.

Abschliessend erteilten die Engländer den Neutralen einige Ratschläge. Neben dem bereits erwähnten Vorschlag, die Neutralen sollten möglichst bald eine relativ detaillierte Eröffnungserklärung abzugeben suchen, glauben die Engländer, dass es wichtig wäre, in dieser Eröffnungserklärung auch mit Bezug auf die assoziierten afrikanischen Staaten und den Entwicklungsfonds positiv Stellung zu nehmen. Dies könnte vor allem die französische Haltung günstig beeinflussen. Auch wäre es wichtig, dass sich die Neutralen nicht nur zu Beitragsleistungen an den Entwicklungsfonds, sondern auch zur Einräumung von handelspolitischen Präferenzen für die afrikanischen Territorien bereit erklären würden (was neutralitätspolitisch schwierig sein dürfte).

Ferner sind die Engländer der Auffassung, dass auch mit Bezug auf Euratom und CECA wenigstens der Wille zu einer späteren Regelung der Beziehungen zum Ausdruck gebracht werden sollte. Demgegenüber erklärten auch die Schweden und Oesterreicher, dass sie allfällige Verhandlungen mit diesen beiden anderen Gemeinschaften vorderhand zurückstellen möchten. Auf meine Frage, ob die Engländer eine Statutenänderung des Euratom herbeizuführen wünschen, da die Bestimmungen des Euratom-Vertrages betreffend Spaltmaterial sich als schwer durchführbar erwiesen haben und die Engländer in ihrer Bewegungsfreiheit stark belasten würden, erklärte die britische Delegation, einen bedingungslosen Beitritt anzustreben.

Neben dem Unterzeichneten hat Herr Botschaftsrat Heimo an sämtlichen Sitzungen teilgenommen.



Kopie an:

Schweizerische Botschaft, London

HH. Botschafter Stopper

Botschafter Micheli

Dr. Homberger

Direktor Redli, Prof. Hochstrasser

Minister Prof. Bindschedler, Minister Burckhardt

Minister Long, Minister Weitnauer

Integrationsbureau